

AKTUELLE CHRONIK

Die vorliegende Chronik des Instituts für Asienkunde ist aus den Erfahrungen des letzten Heftes des Asien Forums entstanden und stellt einen weiteren Versuch dar, sich einer endgültigen Form der Chronik anzunähern. Zwei wesentliche Veränderungen fallen zunächst ins Auge: Die Chronik ist einmal ausführlicher geworden, zum anderen ist eine Regionen- und Ländergliederung eingeführt worden, die dazu dienen soll, den Leser ohne Umweg über die ihn interessierenden Gebiete Asiens zu informieren. Mit der Einführung der Länder-Gliederung soll die Gefahr umgangen werden, zu viele Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Ländern zu sehen. Ergeben sich hingegen mehr oder weniger zwingend Bezugspunkte, wie beispielsweise bei der Asienreise Vizepräsident Agnews, so soll darauf unter der Regionen-Überschrift Bezug genommen werden. Diese Form der Gliederung dient gleichzeitig zur Abgrenzung gegenüber den Bereichen „Berichte“ und „Analysen“, die eher geeignet sind, detaillierte Zusammenhänge aufzuzeigen und auch zu belegen, hingegen aber eine Menge an chronologischen Fakten oft wegen der engen Themenstellung oder ihrer geringen Zusammengehörigkeit weglassen müssen. In diesem Sinne soll die aktuelle Chronik den Inhalt des Heftes ergänzen und aktualisieren.

Asien allgemein

Die Asienreise Vizepräsident Agnews, die ihn nach Thailand, Kambodscha, Süd-Vietnam, Süd-Korea und Taiwan führte, hat das von Präsident Nixon gestellte Ziel nicht erreicht. In der gegenwärtigen Situation und durch die vielfach nichtssagenden Äußerungen ist es Agnew nicht gelungen, die Unsicherheit der asiatischen Partner zu beseitigen, die einerseits über die letztliche Bedeutung der Nixon-Doktrin und andererseits über die Tendenz des amerikanischen Kongresses besteht, die Mittel für die militärische Unterstützung dieser Länder zu kürzen. In **Thailand** ist man über den US-Truppenabzug, die Aufgabe von Militärbasen und die Möglichkeit einer Kürzung der finanziellen und militärischen Hilfe besorgt, zumal Wirtschaft und Sicherheitspolitik heute mehr denn je auf die US-Unterstützung angewiesen sind. In dem kurz vor Agnews Ankunft verkündeten Beschluß Bangkoks, die 12 000 Mann starken thailändischen Truppen aus **Süd-Vietnam** abzuziehen, wird eine undiplomatische Reaktion auf die Bestrebungen des US-Kongresses gesehen, die Unterstützung für fremde, in Süd-Vietnam kämpfende Truppen zu kürzen. Der Besuch in **Kambodscha** brachte uneinheitliche und ungenaue Äußerungen über die tatsächlich beabsichtigte Unterstützung seitens der USA und über den Truppenabzug aus **Süd-Vietnam**. Während in **Taiwan** keine wichtigen Fragen anstanden und Agnew in **Süd-Vietnam** nur einen Höflichkeitsbesuch zu machen schien, wurde von einigen Spannungen zwischen **Süd-Koreas** Präsident Park und Agnew gesprochen. Agnew konnte den Wünschen Parks nach zusätzlicher Militärhilfe und einer Art neuer Beistandserklärung nicht zustimmen.

Die langerwartete Erklärung des britischen Verteidigungsministers Lord Carrington über die Verpflichtungen seines Landes „East of Suez“ hat ergeben, daß die Tory-

Regierung zwar bereit ist weiterzugehen als eine fiktive Labour-Regierung, die Unterschiede dürften jedoch gering sein. Man will eine kleine Garnison in **Singapore** belassen, wenn das anglo-malaysische Verteidigungsabkommen Ende dieses Jahres abläuft. Der Unterricht für Armee-Einheiten in der Dschungelkriegsschule in **Malaysia** sowie Flottenbesuche der Navy und Air Force werden beibehalten. Zusätzlich sollen fünf Fregatten oder Zerstörer östlich Suez stationiert sein sowie eine Bataillonsgruppe britischer Infanterie in Singapore und vier Nimrod-Seeaufklärungsflugzeuge und einige Hubschrauber. Ein weiterer Schritt wird ein Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommen sein, über das im Frühjahr dieses Jahres verhandelt werden soll.

Interessant in diesem Zusammenhang ist das kürzlich zwischen der **UdSSR** und **Mauritius** abgeschlossene Fischereiabkommen. Demzufolge erhält Mauritius technische Hilfe für seine Fischwirtschaft, während es der UdSSR für deren Fischereiflotte Hafenzugänge zur Verfügung stellt. Da aber bekannt ist, daß eine Reihe russischer Fischereifahrzeuge über Abhör-Elektronik verschiedenster Art verfügen und in diesem Jahr mehr russische Kriegsschiffe als früher im Indischen Ozean beobachtet wurden, ist eine besondere Aufmerksamkeit in London, New Delhi und auch in Japan zu verzeichnen, das insbesondere auf eine freie Schifffahrt in der Straße von Malacca größten Wert legt.

Südasien

Die diplomatischen Beziehungen zwischen **Indien** und **Nepal**, die sich nach Shastris Besuch 1965 gebessert hatten, sind bis auf die Kennzeichnung „formal“ abgekühlt. Grund dafür ist einerseits die Forderung des damaligen Premierministers Bista im Jahre 1969, die auf nepalischem Boden stehenden indischen Truppen, die auf Wunsch Nepals ins Land gekommen waren, sollten sofort zurückgezogen werden. Dies ist in der zweiten Septemberhälfte schließlich geschehen. Andererseits weigert sich Indien in den Vertragsverhandlungen über Transitrechte und Handel (90 Prozent des nepalischen Handels wird mit Indien getätigt), die von der UNCTAD allgemein empfohlenen Zugeständnisse zu machen. Der zu erneuernde Vertrag ist im Oktober abgelaufen. In Nepal wird es zudem als unfreundliche Geste empfunden, daß Indien dem früheren nepalischen Premier Koirala, der nach achtjähriger Haft jetzt im indischen Exil lebt, einen Reisepaß nach London ausgestellt hat.

In **Azad Kashmir**, dem pakistanischen Teil des umstrittenen Himalaya-Gebietes, fanden am 30. und 31. Oktober erstmals nach mehr als 20 Jahren gelenkter Demokratie freie und allgemeine Wahlen statt. Pakistans Staatspräsident Yahya Khan war seit seiner Machtübernahme bemüht, Azad Kashmir in den gesamt-pakistanischen Demokratisierungsprozeß mit einzubeziehen. Gewählt wurden ein Präsident und ein Parlament. Die Wahlen beruhen auf dem Anfang September in seinen Grundzügen veröffentlichten „Azad Jammu and Kashmir Government Act 1970“, der dem Land bis zu einer Vereinigung mit dem indischen Teil Kashmirs als Grundgesetz dienen soll.

Nachdem Präsident Yahya Khan im August das von Überschwemmungen betroffene Ost-Pakistan besucht hatte, wurden aufgrund der allgemeinen Lage die langerwarteten und für den 5. Oktober angesetzten allgemeinen Wahlen auf den 7. Dezember verschoben. Inzwischen wurde Ost-Pakistan am 13. November von einer unvergleich-

lich stärkeren Flutkatastrophe heimgesucht. Trotz dieser Tatsache entschied sich die pakistanische Regierung, die geplanten Wahlen diesmal durchzuführen.

Außenpolitisch wurde der Besuch Staatspräsident Yahya Khans in Peking, verbunden mit der Zusage eines zinsfreien Entwicklungskredites von 200 Millionen Dollar, ein Erfolg (vgl. unter China), der in Indien naturgemäß mit gewissen Sorgen betrachtet wurde. Der Besuch des japanischen Außenministers Kiichi Aichi, der zuvor in Indien Station gemacht hatte, in der zweiten Augushälfte in Pakistan diente wesentlich der politischen Sondierung. Pakistan ist an der Unterstützung durch Japan zur Förderung des Agrar- und Fischereiwesens in Ostpakistan, an der Finanzierung eines umfassenden Flutkontrollprogramms und an der Verminderung des Handelsdefizits mit Japan interessiert. Pakistan importierte 1968/69 vorwiegend Industrieprodukte im Werte von 586 Millionen Rupien aus Japan, während es nur für 175 Millionen Rupien Güter in Japan absetzen konnte. Zu erwähnen ist schließlich, daß die „Asian Development Bank“ West-Pakistan einen Kredit von 3,12 Millionen US-Dollar für die Errichtung zweier Reismühlen zur Verfügung stellte.

Auf dem Gebiet der Beziehungen **Indiens** zur Volksrepublik China scheint sich ein Silberstreifen abzuzeichnen. Seit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen China und Indien im Oktober 1962 und dem von Indien eingeleiteten Abruf der jeweiligen Botschafter war eine feindliche Stimmung zwischen den beiden volkreichsten Staaten Asiens nie erloschen.

Um so mehr Bedeutung wird jetzt kleinen Zeichen einer freundschaftlichen Annäherung seitens der Chinesen beigemessen. Während der Maifeiern des vergangenen Jahres soll Mao Tse-tung den indischen Geschäftsträger in Peking mit Handschlag begrüßt und erstmals wenige freundliche Worte für das Nachbarland gefunden haben. Gleich darauf war in den chinesischen Massenmedien ein starker Rückgang der Propaganda gegen Indien festzustellen. In Hongkong luden die Chinese Chamber of Commerce und die Bank of China erstmals Inder ein. Den Höhepunkt in dieser Reihe der kleinsten Schritte bildete bisher ein 75-Minuten-Gespräch der Botschafter Chinas und Indiens in Kairo am 11. Oktober. Damit scheinen Andeutungen erfolgt zu sein, nach denen man die gegenseitigen Beziehungen wieder auf die übliche diplomatische Ebene bringen möchte. Indien ist zu einer Normalisierung der Beziehungen bereit, wartet aber auf ein deutliches Zeichen von Peking. Die erneute Diskussion um die nach Ansicht Indiens noch von der Volksrepublik China besetzten Gebiete am Himalaya scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß nach indischen Berichten die UdSSR sich in ihren neuesten Landkarten dem indischen Standpunkt in der Grenzfrage dadurch genähert habe, daß sie die umstrittenen Grenzabschnitte im Nordosten in gebrochener Linie als „border still under discussion“ ausweist.

Bestürzung hat in Indien die amerikanische Entscheidung ausgelöst, die seit 1965 unterbrochenen Waffenlieferungen an Pakistan wieder aufzunehmen. Während Pakistan mit gewissem Recht in Washington protestierte, da seine Rüstung damals fast ganz auf Lieferungen der USA ausgerichtet war, wogegen Indien verschiedene Bezugsquellen hatte, hat sich Pakistan inzwischen in seiner Rüstung soweit entwickelt, daß von indischer Seite von einer Parität gesprochen wird, die durch die neue Entscheidung der USA, über deren Gründe vielfältige Vermutungen angestellt werden, zugunsten Pakistans gefährdet scheint.

Im Bereich der Innenpolitik hat Indira Gandhi mit ihrem „New Congress“ bei den

8. Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit im südindischen Bundesstaat Kerala einen Erfolg erzielt. Ihre Partei gewann 32 von 133 Sitzen und wurde damit zur größten Einzelpartei Keralas. Bedenklich stimmt aber, daß Frau Gandhi diesen Erfolg nur in Zusammenarbeit mit den pro-sowjetischen Kommunisten und der Moslem-Liga erreichte. Für eine Kongreßpartei und eine Premierministerin, die sich dem Anti-Kommunismus und dem Säkularismus verschrieben haben, ist das ein beachtliches Zeichen. Es deutet darauf hin, daß Frau Gandhi mehr denn je der Möglichkeit, Macht zu erlangen oder zu behalten, nachzugehen scheint als bestehenden politischen Grundprinzipien. Es ist durchaus möglich, daß die Allianz mit den pro-sowjetischen Kommunisten und der Moslem-Liga, die der neuen Regierung eine Mehrheit von zwei Sitzen gibt, ein erster erfolgreicher Wahltest für eine neue Strategie Indira Gandhis war, die in den all-indischen Wahlen 1972 ihre Fortsetzung finden könnte.

Der Trend einer prinzipienlosen Machtpolitik scheint sich in den Ereignissen im volkreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh Ende September/Anfang Oktober fortzusetzen. Die politische Führung Uttar Pradeshs ist von gesamtindischer Bedeutung, da das Bundesland etwa ein Sechstel der Mitglieder im Parlament der Union stellt. Schon im Februar dieses Jahres unterstützte Indira Gandhi den bereits früher vom Kongreß abgespaltenen Bharatiya Kranti Dal (BKD) unter Charan Singh, um damit den zum oppositionellen Kongreß gehörenden Chiefminister C. B. Gupta auszubooten, der mit dem BKD kurz vorher ein Übereinkommen getroffen hatte. Ende September kam es jedoch zu einem Bruch zwischen BKD und dem Neuen Kongreß Indira Gandhis. Obwohl der BKD Charan Singhs inzwischen die Unterstützung des oppositionellen Kongresses und vier weiterer Parteien der bisherigen Opposition hatte, was einem Stimmenanteil von 260 Abgeordneten bei einem Landtag von 426 Mitgliedern bedeutet, forderte Gouverneur Reddy den Chiefminister zur Demission auf, weil er die Kongreßstimmen Indira Gandhis verloren habe. Charan Singh weigerte sich zurückzutreten und wandte sich an den in der UdSSR weilenden Staatspräsidenten Giri. Dieser verhängte jedoch President's Rule und setzte sich damit neben dem Gouverneur, der ein neutraler Vertreter der Unionsregierung sein soll, harter Kritik aus. Nach 16 Tagen wurde die Regierungsübernahme durch den Präsidenten bereits abgelöst durch eine neue Regierung, der dieselben Parteien angehören, die Charan Singh nach Wegfall der Stimmen des Kongresses Indira Gandhis stützten. Der einzige Unterschied ist, daß der neue Chiefminister nicht Charan Singh, sondern T. N. Singh heißt.

Ein weiteres innenpolitisches Ereignis, das zeigt, daß Indira Gandhis Regierung auch ähnlich wie bei der Bankenverstaatlichung nicht immer bereit ist, den verfassungsmäßigen Weg zu gehen, ist die längst fällige Aufhebung des Prinzenstandes und der damit verbundenen Privilegien. (Die Apanagen der Prinzen betragen jährlich 6,4 Millionen US-Dollar). Obwohl eine damit verbundene Verfassungsänderung im indischen Unterhaus eine Zweidrittel-Mehrheit fand, konnte die Vorlage das Oberhaus mangels einer einzigen Stimme nicht passieren. Der Entwurf war nach der Verfassung abgelehnt. Anstatt eine zweite Vorlage vorzubereiten, umging Indira Gandhi das Parlament und ließ Staatspräsident Giri die Abschaffung des Prinzenstandes dekretieren, ein verfassungsrechtlich zweifelhaftes Unternehmen. Der darauf von den Prinzen beim obersten Gericht gestellte Antrag, das Dekret für verfassungswidrig zu erklären und sie vorläufig wieder in ihre Rechte einzusetzen, hatte bisher keinen Erfolg.

Zu den weniger wichtigen Ereignissen zählen die Verhaftung des 40jährigen Naxaliten-Führers Kanu Sanyal, die Entlassung des Vorsitzenden der pro-sowjetischen kommunistischen Partei Indiens, der in Lucknow im Zusammenhang mit der Landnahme-Bewegung seiner Partei eine Woche zuvor verhaftet worden war, die Einmann-Kommission zur Untersuchung von Subash Chandra Boses Tod sowie die Äußerungen Lalita Shastris, ihr Mann sei kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens von Tashkent zwischen Indien und Pakistan nicht eines natürlichen Todes gestorben.

Die ersten konkreten Schritte der neuen Regierung **Ceylons** sind mit einiger Spannung erwartet worden. Das gilt besonders für den weiten Bereich der Wirtschaft.

Innenpolitisch interessant ist zunächst, daß am 27.10. das Parlament mit 117 gegen 16 Stimmen für die Abschaffung des 30 Mitglieder starken Senats (Oberhaus) stimmte, in welchem eine noch bestehende Mehrheit der United National Party dem neuen Kabinett das Regieren erschwerte.

Beachtung für den zukünftigen Kurs in der Wirtschaftspolitik der Regierung Sirimavo Bandaranaiques fanden verschiedene Äußerungen von Ministern der neuen Regierung. Finanzminister N. M. Perera mit kommunistischer Grundeinstellung bekannte aufgrund der Tatsache, daß 95 Prozent der ceylonesischen Wirtschaft auf Tee, Gummi und Kokosprodukten beruhen, daß, obwohl er und seine Parteifreunde 40 Jahre lang für eine Verstaatlichung der Teeplantagen eingetreten sind, eine derartige Maßnahme augenblicklich nicht ratsam zu sein scheint. Wohnungsbauminister Pieter Keunemann, der einzige Kommunist in der neuen Regierung, erklärte zwar seine Abneigung gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor, ließ aber erkennen, daß er zur Zusammenarbeit bereit wäre, wenn es darum ginge, dadurch das Wohnungsproblem schneller zu lösen. Der Industrieminister erklärte, ausländische Investitionen seien weiterhin willkommen, allerdings in begrenztem Umfang.

Am 26. September erfüllte die neue Regierung ein Wahlversprechen, indem sie die wöchentliche, kostenlose Reirration um die gleiche Menge zu einem subventionierten Preis erhöhte, obwohl die vorangegangene Regierung auf Anraten westlicher Experten gerade die zweite Ration abgeschafft hatte. Das bedeutet einen jährlichen Gesamtaufwand von 525 Millionen Rupien ohne Verteilungskosten. Diese Aufwendungen sowie kostenlose Ausbildung vom Kindergarten bis zur Universität, kostenloser Gesundheitsdienst und äußerst niedrige Preise für das öffentliche Verkehrswesen drücken stark auf das im Oktober vorgelegte erste Budget der Regierung, das diesmal in seinen Maßnahmen nicht nur die wohlhabenden Kreise, sondern auch die mittleren und unteren Schichten der Einkommensbezieher stärker belastet.

Ab 1. 1. 1971 wird der Handel in Ceylon umstrukturiert werden. Die Regierung wird dann alleiniger Importeur von Waren. Auch der Großhandel ausländischer wie inländischer Waren soll in die Regie des Staates übergehen. Nur im Einzelhandel und nur für Ceylonesen wird ein privates Betätigungsfeld neben den Staats- und Genossenschaftsläden bleiben.

Südostasien

Während bisher die vielen Äußerungen des 61jährigen U Nu gegen die Ne Win-Regierung in **Birma** und seine Absicht, Ne Win zu stürzen, nicht einmal ausreichen, um ernste Spekulationen in Gang zu setzen, hat sich diese Situation mit dem Verschwinden U Nu's am 16. Oktober aus seinem Bangkok Exil entscheidend geändert. In Thailand, das diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Rangoon unterhält, mag man aufatmen. Für General Ne Win bedeutet das Untertauchen des Gegners U Nu erhöhte Wachsamkeit. U Nu und seinen Beratern scheint es nach dem Abschluß von Verträgen mit den Karen und Mon und nach Gründung der United National Liberation Front gelungen zu sein, durch Versprechungen auf größere Selbständigkeit die seit Jahren getrennt gegen die Regierung in Rangoon kämpfenden rassischen Gruppen, die über etwa 50 000 Mann reguläre und irreguläre Truppen verfügen, hinter sich zu vereinen. Ob und wann es zu offenem Kampf gegen die 150 000 Mann starken Truppen Ne Wins kommt, und wie sich die Mehrheit der Birmanen, deren Mönche wohl U Nu nahestehen, im Ernstfall wirklich verhält, muß die Zukunft zeigen. Die offizielle News Agency of Burma bestritt inzwischen, daß U Nu sich bereits in Birma aufhalte, was allgemein angenommen wird.

In dieser Situation scheint die am 12. Oktober zwischen China und Birma getroffene Vereinbarung über den Austausch von Botschaftern eine neue Annäherung zwischen Peking und Rangoon darzustellen, die gleichzeitig die während des letzten Jahres erfolgten Einfälle der von China unterstützten Guerillas in den Shan- und Kachin-Staaten verhindern oder zumindest bremsen wird.

Das kürzlich vorgelegte Budget zeigt deutlich die andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes. Im Haushaltsjahr 1970/71 erwartet man ein Defizit von 195,7 Millionen Kyat selbst für den Fall, daß Auslandshilfe und Kredite im Werte von 322,8 Millionen Kyat vereinnahmt werden können. Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation werden in gesunkenen Reispreisen und in Markteinbußen gesehen. Die Maßnahmen, die Abhilfe schaffen sollen, wie Exportdiversifizierung, Importsubstituierung und letztlich weitere Enthalttsamkeit dürften bei den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes kaum einen merklichen Erfolg bringen, und auch von einer Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen für Touristen ist trotz der gegenwärtigen Unzugänglichkeit Angkors nicht viel zu erwarten.

In **Thailand** hat der Kampf zwischen individuellen Ambitionen und Parteidisziplin innerhalb der regierenden United Thai People's Party starke Zersplitterungen aufgedeckt. Insbesondere schloß sich eine Gruppe von 44 Parteimitgliedern zusammen, um einen jungen Flügel innerhalb der Partei zu bilden. Lange bestehende Verschiedenheiten traten ans Licht, als es der Regierung nicht gelang, eine Mehrheit in der Zusammensetzung des 37 Mitglieder starken, sehr wichtigen Parliamentary Budget Committee zu bekommen, obwohl der Premier in der Nationalversammlung nominell über die Mehrheit verfügt. Das Budget Committee hat die entscheidende Aufgabe, jeden einzelnen Posten der geplanten Regierungsausgaben anzuerkennen. Ein Prestigeverlust für die UTPP war die Folge. Wegen anderer Kritik hat Premier Kittikachorn inzwischen angekündigt, er werde noch im Jahr 1970 sein Kabinett umbilden. Das neue Budget selbst scheint sich nicht nach der ungewöhnlich deutlichen Kritik der ECAFE an der wirtschaftlichen Lage Thailands zu richten. Es

sieht ein recht hohes Defizit vor, das zur Kreditaufnahme zwingt, obwohl andererseits Geld für Projekte ausgegeben wird, die beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung in einer überwiegend agrarischen Wirtschaft nicht zu rechtfertigen sind (z. B. das Atomprogramm). Das Budget wird in dieser Form aller Wahrscheinlichkeit nach die inflationäre Entwicklung im Lande verstärken.

Aus Protest gegen das neue Pressegesetz, das es dem Polizeichef als zuständigem Presseoffizier ermöglicht, eine Zensur über Nachrichten auszuüben und Zeitungen aus Gründen der nationalen Sicherheit zu schließen, unterließen es die Zeitungen, Meldungen über Vizepräsident Agnew's Besuch zu bringen.

Der sich fortsetzende Abzug der Amerikaner aus Thailand, der auf dem Gebiet der Wirtschaft bereits erste Auswirkungen zeigt, hat Thailand in seinem außenpolitischen Kurs verunsichert. So forderte der thailändische Außenminister einerseits die USA zur Südostasiatisierung des Indochinakrieges auf, d. h. zu einer wirtschaftlichen wie militärischen Stärkung der Länder Südostasiens, damit diese später in der Lage sind, den Kampf aus eigener Kraft fortzusetzen.

Andererseits macht sich eine Intensivierung der Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks bemerkbar. In diesem Rahmen ist der Besuch einer Delegation des Nordvietnamesischen Roten Kreuzes in Bangkok zu sehen, die dort über die Repatriierung der noch rund 40 000 in Thailand lebenden Vietnamesen verhandelt hat. Beide Seiten gaben sich betont freundlich, obwohl Thailand und Nord-Vietnam seit Jahren einen unerklärten Krieg gegeneinander führen.

Das wichtigste Ereignis für **Malaysia** war der Rücktritt von Ministerpräsident Tunku Abdul Rahman am 21. September, nachdem er als „Vater der Nation“ in den 13 Jahren seit der Unabhängigkeit Malaysias ununterbrochen die Regierungsgeschäfte geführt hatte. Der Tunku, geboren als Sohn des Sultans von Kedah, gilt als Architekt der malaiischen Föderation und des malaysischen Staatenbundes. Als Grund für den erwarteten Rücktritt wurde die Übernahme des Postens eines Generalsekretärs des neuen internationalen Islamischen Sekretariats angegeben. Sein Nachfolger als Premierminister wurde sein langjähriger Mitarbeiter und Vertrauter, Tun Abdul Razak. Inzwischen hat der neue Premier sein Kabinett von 20 Ministern vorgestellt, in dem er sich selbst das Außen- und Verteidigungsministerium vorbehielt.

Tun Razaks wichtigste Aufgabe wird es sein, der Ankündigung seines Vorgängers nachzukommen und die seit den blutigen Unruhen vom 13. Mai 1969 zwischen Chinesen und Malaien aufgehobene Demokratie am 17. Februar 1971 wiedereinzusetzen. Zur Zeit werden Spekulationen angestellt, ob es Tun Razak gelingen wird, in der Zwischenzeit seine Führungsrolle so weit zu festigen, daß er den Kräften der Demokratie gewachsen sein wird. Noch in den letzten Wochen der Amtszeit des Tunku war das langerwartete Verbot der Diskussion von „sensitive issues“ erlassen worden, worunter Angelegenheiten wie die Rechte der Malaien, der Status der Sultane und des Königs und die Vorherrschaft von Bahasa Malaysia als Nationalsprache fallen. Dies hat insbesondere unter den Chinesen Empörung und Unsicherheit ausgelöst.

Am 31. August wurde die vom National Consultative Committee – einer Körperschaft, die ab Januar als ein Forum zur Diskussion wichtiger Angelegenheiten in Abwesenheit des Parlaments fungiert – erarbeitete „Rukunegara“ (nationale Ideologie) verkündet, die helfen soll, Malaysier aller Rassen im täglichen Leben zu leiten,

und eine einzige, geeinte und starke malaisische Nation hervorbringen soll. Die fünf Prinzipien der Rukunegara lauten wörtlich:

„OUR NATION, Malaysia, being dedicated —
 to achieving a greater unity of all her peoples;
 to maintaining a democratic way of life;
 to creating a just society in which the wealth of the nation shall be equitably shared;
 to ensuring a liberal approach to her rich and diverse cultural traditions;
 to building a progressive society which shall be oriented to modern science and technology;
 WE, her peoples, pledge our united efforts to attain these ends guided by these principles: —
 BELIEF IN GOD (Keperchayaan kapada Tuhan)
 LOYALTY TO KING AND COUNTRY (Kesetiaan kapada Raja dan Negara)
 UPHOLDING THE CONSTITUTION (Keluhoran Perlembagaan)
 RULE OF LAW (Kedaulatan Undang)
 GOOD BEHAVIOUR AND MORALITY (Kesopanan dan Kesusilaan).

(Zu Text und Erläuterungen vgl.: Malaysian Digest vom 4. September 70, S. 3).

Da die Rukunegara ebenfalls unter die „sensitive issues“ fällt, ist eine freie Diskussion darüber nicht möglich.

Nach Äußerungen von Innenminister Tun Dr. Ismail ist sogar geplant, nach Wiedereinsetzung des Parlaments in diesem Frühjahr die Verfassung ergänzen zu lassen, so daß sogar im Parlament keine Debatten über Angelegenheiten möglich sind, die wahrscheinlich kommunale Gefühle entflammen könnten. Damit wird indirekt auf die überragende Rolle der Rassenfrage in der malaysischen Innenpolitik hingewiesen.

In Verteidigungsfragen erklärte Tun Razak, daß das anglomalaiische Verteidigungsabkommen von 1957 revidiert werden und eine losere Form erhalten müsse. Malaysia müßte in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. In die gleiche Richtung geht eine Äußerung des Finanzministers, daß die Verteidigungsausgaben nach einer Erhöhung um 340 Millionen auf 803,2 Millionen M-Dollar im letzten Jahr eine weitere Steigerung erfahren werden.

Der neue, zweite malaysische Wirtschaftsplan, der im Januar verkündet werden soll, scheint im wesentlichen drei Ziele zu verfolgen: die Herabsetzung der Arbeitslosigkeit, die Verminderung von Ungleichheiten und die allgemeine Steigerung der Einkommen. Da die Wirtschaft zu 70 Prozent vom privaten Sektor getragen wird und hier eindeutig die Chinesen das Übergewicht haben, wird auch durch den neuen Wirtschaftsplan in vielfältiger Form der Unterschied zwischen Chinesen und Malayan zur Sprache kommen. Zu fragen bleibt, ob es erlaubt sein wird, diesen Plan in der Öffentlichkeit und sogar im Parlament zu diskutieren, da auch hier „sensitive issues“ nicht zu umgehen sein werden.

Ein im Grunde unwichtiger Zwischenfall, nämlich das erzwungene Haarschneiden dreier langhaariger Malaien in **Singapore**, war der Anlaß für die kurzfristige Verschiebung des Besuches von Premierminister Lee Kuan Yew in Malaysia im August. Eine offizielle Entschuldigung Singapores an Kuala Lumpur beendete zunächst die leichten Spannungen. Die indische Zeitung Statesman benutzte den Besuch Lee

Kuan-Yews in Indien zu harter Kritik. In neun Jahren nahezu autokratischer Herrschaft hätte Lee eine Gesellschaft seelenloser Konformisten hervorgebracht, eine Tatsache, über die wirtschaftliche Erfolge nicht hinwegtäuschten. Die Presse sei in ständiger Gefahr, ihre Lizenzen zu verlieren.

Nach Meldungen über die Wirtschaft des Landes hat Singapore den Import gebräucher Autos gestoppt, um das einheimische Automobilgewerbe zu unterstützen. Die Esso plant ein 90-Millionen-Dollar-Projekt, das 1973 abgeschlossen sein soll. Englische Nachrichtenübermittlungs- und Elektronik-Werke wollen ein Werk errichten, das etwa 4500 Arbeiter beschäftigen wird.

Der erste Staatsbesuch eines Staatspräsidenten der Republik **Indonesien** in Holland war offiziell vom Wunsche beider Seiten getragen, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu setzen und eine noch verbesserte Basis für die Unterstützung Indonesiens durch Holland zu schaffen. Der Besuch Suhartos in Holland wie sein anschließender Aufenthalt in der Bundesrepublik waren von Protestdemonstrationen begleitet. In Holland benutzten dort lebende Ambonesen die Gelegenheit, um gewaltsam (Besetzung der Indonesischen Botschaft am 31. August, wobei der wachhabende Polizist ums Leben kam) auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Süd-Molukken hinzuweisen.

Zu erwähnen ist weiter, daß die Armee die Verbreitung der Lehren Sukarnos verboten hat, um Spannungen vor den Wahlen des nächsten Jahres zu mildern. 5000 politische Gefangene (Kommunisten der „Klasse B“, die am mißglückten Staatsstreich 1965 teilgenommen haben sollen, gegen die aber nicht genügend Material für ein gerichtliches Verfahren vorliegt) wurden im September von Java aus auf die Internierungsinsel Buru gebracht.

Interessant sind Hinweise auf den Naturhafen Tjilatjap etwa in der Mitte der Südküste Javas, der über genügend Wassertiefe verfügt, so daß nach seinem Ausbau und unter Benutzung des tiefen Wassers zwischen den Inseln Bali und Lombok hier langfristig eine Konkurrenz für Singapore entstehen könnte, dessen Wasserstraße für Großtanker nicht überall ausreichende Tiefen aufweist.

Auf den **Philippinen** scheint die herannahende Wahl für die Delegierten zum Verfassungskonvent die Gefahr einer weiteren Verrohung der politischen Agitation und des Machtkampfes mit sich zu bringen. Dies gilt um so mehr, als die geplante Dezentralisierung der Regierungsgewalt für den einzelnen später mehr persönliche Macht auf lokaler Ebene bedeuten kann. Das Land hat kürzlich seinen neuen Fünfjahresplan veröffentlicht, dessen teilweise recht hoch gesteckten Ziele kaum eine Aussicht haben, erreicht zu werden, zumal im Plan selbst ökonomisch haltbare Wege dazu nicht immer aufgezeigt sind. (Vgl. FEER vom 31. Oktober 1970, S. 18.) Der Peso erreichte am 25. September mit 6,415 für 1 US-Dollar einen neuen Tiefstand.

In **Laos** waren leichte Hoffnungen auf erste Vorgespräche zwischen der Regierung Souvanna Phouma und den Pathet Lao, die später vielleicht zu Friedensverhandlungen führen könnten, aufgekommen. Noch vor seinem Abflug zum Besuch einiger Hauptstädte der westlichen Welt hatte Souvanna Phouma einen Vertreter ernannt, der ermächtigt war, Gespräche zu führen, die zu ernsteren Verhandlungen weiterleiten könnten. Mit der Abreise des Premiers erlahmte jedoch die Initiative zunächst wieder.

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit sandte Premier Chou En-lai dem Führer der Pathet Lao, Prinz Souphanouvong, eine Grußbotschaft, in der er dem

Kampf des laotischen Volkes gegen die USA, Thailand und Süd-Vietnam die chinesische Unterstützung zusicherte.

Mit der Abschaffung der Monarchie und Ausrufung der Republik in **Kambodscha** am 9. Oktober, wobei man einen Volksentscheid umging, hat die Lon Nol Regierung versucht, einen formalen Schlußstrich unter die Absetzung des Prinzen Sihanouk zu ziehen. Nach dem Sturz Sihanouks am 18. März 1970, zu dem sich eine breite Koalition aus Armee, Wirtschaft, Mittelstand, Intelligenz und buddhistischen Bonzen gebildet hatte, auf die sich die Regierung Lon Nol heute noch stützen kann, blieb die neue Regierung mit ihren Neutralitätsversicherungen zunächst ohne Hilfe. Die Einmischung des Vietcong und der darauffolgende Einmarsch amerikanischer und südvietnamesischer Truppen brachten der Regierung Lon Nol dringend benötigte, aber im Grunde nur ungern gesehene Unterstützung. Die Bedrohung durch den Feind — Nord-Vietnamesen, Vietcong und Khmer Rouge — hilft nach Abzug der Amerikaner, die alte ethnische Feindschaft gegenüber den Vietnamesen bezüglich der noch im Lande kämpfenden Süd-Vietnamesen zu unterdrücken. Die Gefahr, die der neuen Republik und ihrer Regierung droht, kommt nicht von Prinz Sihanouk aus dem Pekinger Exil, sondern von den Khmer Rouge im eigenen Land. Gelingt es nicht, Reformen und Verbesserungen entscheidend voranzutreiben, so besteht die Möglichkeit, daß die die Regierung heute noch stützenden „Jungen Khmer“ sich den Khmer Rouge anschließen.

In der Wirtschaft des Landes sieht es derzeit nach den Kämpfen schlecht aus. Die Militärkosten sind sprunghaft angestiegen, während der Export von Reis und Kautschuk — etwa 70 Prozent aller Ausfuhrerlöse — fast zum Erliegen gekommen ist. Nach amerikanischen Schätzungen bedarf es einer Finanzhilfe von 230 Millionen US-Dollar, um die Wirtschaft 1971 am Leben zu erhalten. Die USA sind bis jetzt noch nicht bereit, diesen Betrag allein aufzubringen.

Präsident Nixons Fünf-Punkte-**Vietnam**-Erklärung von Anfang Oktober, die von westlichen und neutralen Ländern begrüßt wurde, brachte wenig, was zu einer gemeinsamen Basis für entscheidend neue Gespräche geeignet wäre (vgl. den Wortlaut der Erklärung in der offiziellen Übersetzung in NZZ vom 10. Oktober 1970, S. 6). Nixon ging in seinen Vorschlägen an den grundlegenden Vorstellungen der Nord-Vietnamesen vorbei. Die beiden kommunistischen Delegationen bei den Pariser Vietnamgesprächen haben die Vorschläge Nixons abgelehnt.

Ostasien

In seiner Ansprache zum 25. Jahrestag der Befreiung von japanischer Herrschaft am 15. August hat **Süd-Koreas** Staatspräsident Park zu erkennen gegeben, daß sich die bisherige Haltung seiner Regierung zur Wiedervereinigung in ihrer Tendenz leicht verändert. Er versuchte, Gemeinsamkeiten herauszustellen, die weitere Anknüpfungen ermöglichen. Dies wird als Reaktion auf eine Reihe von Vorschlägen seitens der Regierung von **Nord-Korea** gesehen, die in Seoul als Versuch gewertet werden, die öffentliche Meinung im Süden zu spalten. Auch scheinen das deutsch-sowjetische Gewaltverzichtsabkommen und die Begegnung Brandt—Stoph richtungweisende Wirkung zu haben. Eine ebenfalls im August stattfindende internationale Konferenz mit etwa 80 Wissenschaftlern aus 14 Nationen beschäftigte sich darüber hinaus eingehend mit Möglichkeiten der koreanischen Wiedervereinigung.

In **Taiwan** haben die Erfolge der Volksrepublik China, von einigen Ländern diplomatisch anerkannt worden zu sein, sowie die Verbesserung der Stimmung in den UN das erwartete negative Echo gefunden (vgl. unter Volksrepublik China). Der Besuch Vizepräsident Agnews in Taiwan konnte nicht die Unstimmigkeiten beheben, die seit Präsident Nixons ersten Versuchen, die Beziehungen zur Volksrepublik leicht zu bessern, und der geplanten Truppenverminderung in Asien entstanden waren.

Der 21. Jahrestag der Gründung der **Volksrepublik China** am 1. Oktober 1970 wurde mit einer gewissen Zurückhaltung gefeiert. Die Rede Lin Piaos zu diesem Anlaß brachte keine Neuigkeiten. Lin rief erneut dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf einen möglichen Krieg vorbereitet zu sein und um die politische und ökonomische Stabilität weiter zu festigen. Auch seine Angriffe auf die Sowjetunion und die USA enthielten keine neuen Aspekte.

Auf dem Gebiet der chinesischen Innenpolitik verdient der aus nationalchinesischen Quellen bekannt gewordene Entwurf einer neuen Verfassung der Volksrepublik China Beachtung, der auf der bevorstehenden Sitzung des Nationalen Volkskongresses diskutiert und verabschiedet werden soll. Wichtigstes Merkmal der neuen Verfassung ist die Abschaffung des Amtes des Staatspräsidenten. Mao Tse-tung wird in dieser Verfassung als der große Führer Chinas herausgestellt, und Lin Piao wird – ähnlich wie in der neuen Satzung der Kommunistischen Partei Chinas – als sein Nachfolger bezeichnet. Über die Funktionen dieses „Führers“ sagt der Verfassungsentwurf nichts aus. Vielmehr werden gewisse Obliegenheiten eines Staatsoberhauptes nunmehr dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses übertragen. Wann dieser einberufen werden soll, wurde auch im Berichtszeitraum noch nicht bekannt.

Auf außenpolitischem Gebiet hat die Volksrepublik China im Berichtszeitraum einige bemerkenswerte Durchbrüche erzielt: Sie wurde außer von Äquatorial-Guinea von Kanada und Italien diplomatisch anerkannt, und Belgien, Österreich und – als erstes Land des lateinamerikanischen Kontinents – Chile erwägen eine baldige Anerkennung. Auch von erneuten Annäherungsversuchen an Birma und Indien war zu hören. Abgesehen davon, daß sich damit bei der jährlichen Abstimmung in den Vereinten Nationen zur Frage der Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation das Stimmenverhältnis weiter zugunsten Pekings ändern wird, bedeutet dieser diplomatische Durchbruch eine deutliche Schwächung Taiwans. Zwar haben Kanada und Italien den Anspruch der Volksrepublik China auf Taiwan nur zur Kenntnis genommen („kanadische Formel“). Doch bedeutet dies gleichzeitig, daß diese Staaten nicht länger bereit sein dürften, sich für die Ansprüche Taiwans einzusetzen, das übrigens sofort die diplomatischen Beziehungen zu Rom und Ottawa abbrach. Mit Aufmerksamkeit ist auch zu vermerken, daß der amerikanische Vertreter in der Weltorganisation in seiner Begründung der Ablehnung einer Mitgliedschaft der Volksrepublik China im vergangenen Jahre fast nur noch darauf hinwies, daß ein Ausschluß Taiwans, wie er von Peking gefordert wird, nicht zu rechtfertigen sei. Auf der anderen Seite jedoch machte er deutlich, daß die Volksrepublik China eine von den USA anzuerkennende Realität sei, die eine konstruktive Rolle in der Völkerfamilie spielen müsse¹.

¹ Die UN-Debatte im November 1970 ergab eine einfache Mehrheit von 51 Stimmen – darunter erstmalig die Stimmen Kanadas, Italiens, Österreichs, Chiles und Äquatorial-Guineas – für die Mitgliedschaft der Volksrepublik China. 49 Nationen stimmten mit Nein

Das wichtigste Projekt im Rahmen der außenpolitischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Afrika wurde feierlich in Angriff genommen: Am 26. Oktober legte der tansanische Staatspräsident Kaunda den Grundstein für die 1859 km lange Tansania-Zambia-Eisenbahn (Ta-Za-Ra). Diese Eisenbahn soll vor allem das Kupfererz aus Zambia an die ostafrikanische Küste befördern, wofür bisher der durch Rhodesien und Mozambique führende Schienenweg benutzt werden mußte. Der Westen hatte sich – offensichtlich aus Rücksichtnahme auf Rhodesien und Portugal – an dem Projekt desinteressiert gezeigt, das der Volksrepublik China auf Jahre hinaus Einfluß in Ostafrika sichert. Mit ihrem bisher spektakulärsten Entwicklungshilfeprojekt will die Volksrepublik China ihre technische Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen und gleichzeitig der Dritten Welt zeigen, daß sich Freundschaft zu Peking auszahlt. Im Lichte der im Westen lautgewordenen Kritik an der hier praktizierten Lieferbindung im Zusammenhang mit Entwicklungshilfekrediten verdient hervorgehoben zu werden, daß seitens der Volksrepublik strenge Lieferbindung für den Kredit zum Bau der Bahn besteht, dessen Höhe 2,866 Mrd. Tansanische Shiling beträgt, der zinsfrei ist und ab 1983 innerhalb von 30 Jahren zurückgezahlt werden soll.

Auch Pakistan ist es im Berichtszeitraum gelungen, neue enge Verbindungen zu Peking aufzubauen, und der pakistanische Staatspräsident Yahya Khan hat während seines Besuches in Peking im November von der chinesischen Regierung eine Zusage über einen zinsfreien Entwicklungshilfekredit in Höhe von 200 Millionen US-Dollar erhalten. Dieser Kredit war Pakistan vorher von Washington und von Moskau verweigert worden. Insbesondere von Indien muß diese Unterstützung Chinas an Pakistan als ein erneuter Affront angesehen werden.

Die zwischen Peking und Moskau anläßlich des chinesischen Nationalfeiertages und des Jahrestages der Oktoberrevolution ausgetauschten Grußbotschaften waren gemäßiger als in den Vorjahren und könnten – trotz der bereits erwähnten Rede Lin Piaos – als Zeichen wachsender Bereitschaft, wieder miteinander ins Gespräch zu kommen, gedeutet werden. Sie passen damit in das Bild einer auf dem Wege zur Normalisierung befindlichen Außenpolitik. Auf der anderen Seite gab die Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland der Volksrepublik China Anlaß zu schweren Angriffen gegen Bonn und damit auch gegen die Sowjetunion, die des Verrats an der DDR bezichtigt wurde. (Vgl. Peking-Rundschau Nr. 38, 22. 9. 70, S. 7 ff.)

Im Verhältnis zu **Japan** spielt weiterhin der von chinesischer Seite erhobene Vorwurf des wiedererwachenden Militarismus eine Rolle (vgl. dazu auch „Internationales Asien-Forum“, 1. Jg., 1970, S. 561 ff.), der seinen Niederschlag im Abschlußkommuniqué anläßlich des Chinabesuches des japanischen Sozialistenführers Tomomi Narita gefunden hat. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern konnte sich Narita jedoch seinen chinesischen Gastgebern gegenüber eine größere Unabhängigkeit in der Verurteilung gemeinsamer Gegner bewahren, was von Beobachtern in Japan mit der Erkenntnis auf chinesischer Seite begründet wird, daß eine zu starre Haltung beispielsweise gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Japans

(darunter Kambodscha), 25 enthielten sich der Stimme. Auf Antrag der USA war jedoch die Zulassung der VR China wieder zur „wichtigen Frage“ erklärt worden, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Dieser Antrag war vorher mit 66 Stimmen gegen 52 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen worden.

die Zersplitterung der japanischen Links-Kräfte nur verstärken muß. Auch hierin könnte man also ein Zeichen für eine pragmatischere Außenpolitik Chinas erblicken.

Auch in Japan selbst hat die Militarismus-Diskussion neuen Stoff erhalten, nachdem Yasuhiro Nakasone, der Generalsekretär der Verteidigungsagentur, im Oktober das Verteidigungs-Weißbuch der japanischen Regierung vorgelegt hat, das ein sehr selbstbewußtes und die Interessen Japans voll berücksichtigendes Entwicklungskonzept enthält. Obwohl Nakasone anlässlich eines Besuches in Washington öffentlich erklärt hat, daß Japan keine Kernwaffen bauen, sondern sich auch weiterhin auf den Schutz der USA verlassen werde, mißtrauen weite Kreise dieser Versicherung. Es werden in Japan auch zunehmend Stimmen gegen die Ratifizierung des Vertrages über die Nicht-Weitergabe von Kernwaffen laut, nachdem die internationale Atomenergiebehörde ihre Kontrollen gerade in den japanischen Kernenergiewerken in letzter Zeit verstärkt hat. Das neue japanische Verteidigungskonzept erhält noch besonderes Gewicht durch die ebenfalls im Oktober mit überwältigender Mehrheit erfolgte Wiederwahl Satos als Präsident der Liberal-Demokratischen Partei, was der Bestätigung Satos als Ministerpräsident gleichzusetzen ist. Sato genoß bei dieser Wahl auch die starke Unterstützung Nakasones. Nach der erfolgten Wahl wurden in der japanischen Presse erneut die Probleme herausgestellt, die Sato während der neuen Amtszeit anzupacken hat. Unter diesen Problemen sind die wichtigsten die schnell steigenden Preise, die unzureichenden Verkehrsverhältnisse, die Umweltverschmutzung und der unzureichende Wohnungsbau. Auch Verbesserungen der sozialen Verhältnisse und der Lage der Landwirtschaft und des Erziehungswesens müssen beschleunigt angepackt werden.

Der Widersacher Satos bei der Wahl zum Parteipräsidenten, Takeo Miki, hatte einen spektakulären Erfolg und will sich im Jahre 1972 erneut zur Wahl stellen. Miki hat inzwischen eine flexiblere China-Politik und eine Verstärkung der persönlichen Kontakte zwischen Japanern und Chinesen empfohlen. Noch weiter gehen allerdings die Oppositionsparteien, die vom Ministerpräsidenten verlangten, daß er sich während der Sitzungsperiode der Vereinten Nationen für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation einsetzen möge.

Das Verhältnis Japans zu den USA ist auch im Berichtszeitraum von ökonomischen Spannungen bestimmt. Während die Vereinigten Staaten billige Japan-Importe befürchten, sieht man auf japanischer Seite die Gefahr eines neuen amerikanischen Isolationismus heraufziehen. Das Hauptproblem in den ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ist die Frage der billigen Textilimporte aus Japan. Zwar hat sich Japan inzwischen zu einer freiwilligen Einschränkung seiner Textillieferungen nach den USA bereit erklärt, doch stößt diese Erklärung innerhalb der japanischen Industrie bisher auf Kritik. Daß die im November vom amerikanischen Repräsentantenhaus beschlossenen Außenhandelsrestriktionen, die sich in erster Linie gegen Japan und die EWG richten, den japanischen Wirtschaftskreisen das Einlenken nicht erleichtern werden, liegt auf der Hand.

Auf der anderen Seite haben sich die USA und Japan zusammengefunden, um gemeinsame Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung im pazifischen Raum durchzuführen. Von Interesse ist allerdings, daß auch in den USA von einem wiedererstehenden Militarismus in Japan die Rede ist.

Das Verhältnis zu Taiwan wird gegenwärtig durch den Streit um die Rechte am Kontinentalschelf in der Umgebung der Senkaku-Inseln zwischen Okinawa und Taiwan belastet, nachdem Taiwan eine ausländische Firma beauftragt hatte, in diesem Gebiet nach Öl zu bohren. Japan hat seine Ansprüche auf das Gebiet um die Inseln angemeldet und Taiwan das Recht abgesprochen, etwa vorhandene Erdöllager abzubauen. In diesen Streit hat sich inzwischen auch die VR China eingeschaltet und Japans Ansprüche zurückgewiesen.

Australien und Ozeanien

Als im August der **australische** Finanzminister Leslie Bury seinen ersten Haushaltsplan vorlegte, bestätigten sich Gerüchte, die die Öffentlichkeit seit einiger Zeit beschäftigten. Danach stiegen die indirekten Steuern für Autos, im Inland produzierten Wein und Zigaretten, Benzin sowie Telefon-, Post- und Telegrammgebühren, während bei der Einkommensteuer die mittleren Einkommen etwas entlastet wurden. Im Ergebnis bedeutet das neue Budget eine Umstrukturierung der Einnahmen seitens des Staates, während der Steuerzahler der mittleren Einkommensgruppe die geringe Steuerentlastung durch die schleichende Inflation schnell wieder verliert. Die Baumwollproduzenten erhielten Zuschüsse wegen Trockenheit und der schlechten Preissituation. Die viel beachteten Verteidigungsausgaben wurden nach einer Senkung um 5 Prozent im Vorjahr wieder um 3,1 Prozent angehoben. Von seiten der Opposition kritisierte man die Vernachlässigung des Bereichs des Sozialwesens. Auch den inflationären Tendenzen scheint durch das neue Budget nicht genug entgegengetreten zu werden.

Langfristig von Bedeutung sind neue Uran-Funde (U 308) etwa 170 Meilen östlich von Darwin. Der hohe Uran-Gehalt sowie die niedrigen Abbau-, Bearbeitungs- und Transportkosten versprechen bei genügender Nachfrage auf dem Weltmarkt hohe Gewinne. Die Bundesrepublik hatte bereits vor einiger Zeit einen Uran-Auftrag an Australien vergeben. In der Automobil-Industrie gibt es Anzeichen, daß sich Ford und General Motors darauf vorbereiten, einen größeren Marktanteil in Asien von Australien aus anzustreben.

Am 10. Oktober haben die **Fiji**-Inseln nach 96jähriger Beherrschung durch die Engländer ihre Unabhängigkeit erhalten. Die etwa 525 000 Einwohner setzen sich im wesentlichen aus 263 000 Indern und 220 000 Fijis zusammen. Die Zukunftsaussichten scheinen im politischen und wirtschaftlichen Bereich günstig zu sein, obwohl für die Fijis langfristig — falls gleiches Stimmrecht für jedermann eingeführt würde — die Gefahr besteht, von den Indern, Nachkommen von indischen Kontraktarbeitern in der Zuckerindustrie, majorisiert zu werden. Die möglichen Schwierigkeiten, die entstehen, wenn Australiens Colonial Sugar Refining Company, die gegenwärtig die Zuckerfabriken kontrolliert, sich bis 1972 zurückziehen sollte, mögen durch einströmende ausländische Investitionen ausgeglichen werden. Die Entscheidung der Pan American Airways, mit ihren Jumbo Jets auf der Route Honolulu—Sydney auf den Fiji-Inseln zwischenzulanden, wird als gute Möglichkeit angesehen, in Zukunft am internationalen Touristengeschäft teilzunehmen. Die neue Regierung erklärte, sie werde vorerst in vielen Bereichen noch großen Wert auf die englische Unterstützung legen.